03.11.2000

Große Anfrage 1

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen

Vorbemerkung

Die seit Jahren fortdauernden Anschläge und Straftaten mit rechtsextremem, rassistischen und antisemitischem Hintergrund auch in Nordrhein-Westfalen machen deutlich, dass die Gefahr von rechts weiter besteht. Auch in Nordrhein-Westfalen sind wie in vielen anderen Bundesländern seit Jahrzehnten rechtsextreme Gruppierungen und Bestrebungen zu beobachten. Die Perspektive des öffentlichen Interesse darf in der aktuellen Diskussion nicht auf die rechtsextreme NPD und ein mögliches Verbot verkürzt werden. Dies wird nach Ansicht der fragestellenden Fraktion dem eigentlichen Problem der Zurückdrängung rechtsextremen und neonazistischen Gedankenguts in der Gesellschaft und der Aktivitäten seiner Anhänger nicht gerecht. Die Beantwortung der Großen Anfrage soll mit dazu beitragen, dass sich Bürgerinnen und Bürger ein umfassendes Bild über rechtsextremistischen Bestrebungen in Nordrhein-Westfalen machen können.

Die Analyse der Situation und die bereits erfolgten und geplanten Maßnahmen gegen rechtsextreme Ideologien und Taten sollen ein Anreiz für jede einzelne Demokratin und jeden einzelnen Demokraten sein, hinzusehen und sich einzumischen. Denn Rechtsextremismus ist bei allem notwendigen Einsatz staatlicher Mittel nachhaltig nur in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die Partei ergreift für die Grundsätze der Verfassung, zu bekämpfen. Der beste Schutz der Verfassung sind Bürgerinnen und Bürger, die sich diese zueigen machen, ihre Grundrechte ausüben und Angriffe gegen die Menschenwürde, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zurückweisen.

Das Strafrecht, das Zivilrecht und die Strafverfolgungsbehörden können immer nur letztes Mittel des Gemeinwesens sein, um gegen rechtsextreme Straftäter vorzugehen. Daneben müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um präventiv zu handeln und weitere Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund zu verhindern. Neben

Datum des Originals: 02.11.2000/Ausgegeben: 06.11.2000

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

einer opferbezogenen Prävention sollen auch Fragen nach den Möglichkeiten der Veränderung des Bewusstseins bei potenziellen Tätern und vor allem Mitläufern gestellt werden. Neben der polizeilichen Prävention muss sich das besondere Interesse bei der Eindämmung des Rechtsextremismus auf die Instrumente der Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, auf die politische Bildung und auf die Mittel der Jugendarbeit richten. Hierzu soll eine Bestandsaufnahme erfolgen, um die von der Landesregierung im August 2000 angekündigten Maßnahmen zielgerichtet und optimal umsetzen zu können. Notwendig bleibt der Blick auf die **gesamte** Gesellschaft, da ihre Verfasstheit das Verhalten von Kindern und Jugendlichen erst hervorbringt.

Die Eindämmung des Rechtsextremismus durch Einwirken auf das rechtsextreme Potenzial in der Gesellschaft ist wichtigster, aber nicht alleiniger Ansatz einer wirkungsvollen Politik gegen rechts. Darüber hinaus geht es vor allem um eine konsequente Politik gegen die Ausgrenzung und für die Stärkung der Rechte und Chancen von Minderheiten. Nordrhein-Westfalen kann hierbei auf Erfahrungen mit einer jahrzehntelangen Einwanderung und Integration von Kriegsflüchtlingen in den fünfziger Jahren, Arbeitsmigranten der ersten Generation in den sechziger- und siebziger Jahren, sowie von Spätaussiedlern, Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen in den achtziger- und neunziger Jahren zurückgreifen. Seit 1995 wurde in Nordrhein-Westfalen eine neue Migrationspolitik begründet, die sich als Querschnittspolitik versteht und auf eine umfassende Förderung und Verbesserung der Situation von Eingewanderten zielt. Die fragestellende Fraktion sieht in diesen Maßnahmen und einer gezielten Antidiskriminierungspolitik einen wesentlichen Baustein für ein friedliches Zusammenleben in einer modernen multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung.

Nicht zuletzt ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland ebenso ein Mittel gegen das Vergessen der Untaten und Verbrechen der Vergangenheit wie Mahnung und politischer Auftrag, damit Hass, Ausgrenzung und Gewalt niemals wieder eine politische Chance haben.

Rechtsextremistische Strömungen in der Gesellschaft werden nicht nur bei Wahlen, durch Mitgliederzahlen von neonazistischen und rechtsextremistischen Organisationen und Parteien oder bei Themen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Einwanderung etc. sichtbar. Gefahr droht unserer Gesellschaft auch, wenn Politikerinnen und Politiker aus demokratischen Parteien ideologische Elemente des undemokratischen und menschenfeindlichen Gedankenguts aufgreifen und damit einer Akzeptanz dieses Gedankengutes bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Vorschub leisten. Nach einer repräsentativen Umfrage unter 3.700 Deutschen, die 1998 durchgeführt wurde, haben rund 13 % aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger rechtsextreme Einstellungen.

In den letzten Jahren wird immer deutlicher, dass - vor allem über Musik - versucht wird, schon Kinder und Jugendliche für fremdenfeindliche Ideen und undemokratische gesellschaftliche Strukturen zu begeistern. Das Medium Musik hat großen Einfluss gewonnen, so dass besondere Aufmerksamkeit auch auf diese Szene zu richten ist.

Darüber hinaus ist erschreckend, wie weit die multimediale Vernetzung der Rechtsextremisten fortgeschritten ist. Neben Fax, Handys oder "Nationalen Infotelefonen" sind auch viele Websites (Internetadressen) bekannt geworden, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und faschistische Inhalte verbreiten. Da ein Verbot nur weltweit Sinn macht, wird es daher kaum durchsetzbar sein. Aber auch eine Selbstverpflichtung von Unternehmen (Providern), die Übermittlung von rechtsextremistischer und rassistischer Propaganda zu verhindern, ist nur schwer zu verwirklichen und zeigt, wie schwierig es ist, mit administrativen und repressiven Mitteln gegen diese perfide und menschenverachtende Propaganda vorzugehen.

Umfassende Aufklärung über Strategien und Ziele der Rechtsextremisten und die argumentative Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Ideologie sind gefordert, um den Rechtsextremisten und den Neonazis offensiv entgegenzutreten.

1. Die rechtsextreme Szene in NRW

- 1.1.1 Wie viele Personen gehören nach Informationen der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen rechtsextremistischen Organisationen und Parteien als Mitglieder an und wie hoch schätzt die Landesregierung das Potenzial von Anhängern ohne feste Bindung oder Mitgliedschaft in solchen Organisationen ein, die für rechtsextreme Organisationen und Medien ansprechbar sind?
- 1.1.2 Wie viele Personen des rechtsextremen Spektrums werden nach den Erkenntnissen von Polizei und Verfassungsschutz als gewaltbereit eingeschätzt?
- 1.1.3 Wie viele Personen - auch Schätzungen - sind unter 25, unter 16 Jahre alt und wie hoch ist der Anteil von Frauen im organisierten Rechtsextremismus?
- 1.1.4 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über soziale Herkunft, Schichtung und Ausbildungsniveau der Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen und lassen sich hierzu gesicherte Aussagen machen?

1.2 Rechtsextreme Organisationen

Welche rechtsextremen Organisationen und Parteien oder Zusammenschlüsse regionaler Art sind in Nordrhein-Westfalen derzeit jeweils aktiv, insbesondere:

Deutsche Volksunion (DVU)
Die REPUBLIKANER,
Nationaldemokratische Partei und Junge Nationaldemokraten
Bund Freier Bürger,
Bürgerbewegung Solidarität (ehemals EAP),
Deutsche Liga für Volk und Heimat,
Bündnis für Deutschland (BfD),
Gesellschaft für Freie Publizistik
Deutsches Kulturwerk

Kampfbund Deutscher Sozialisten
Sauerländer Aktionsfront
Bergische Front
NSDAP/AO
"Freie Kameradschaften"
Nationaler Widerstand Rheinland/Ruhrgebiet/Ostwestfalen
Nationaler Widerstand Hagen/Lüdenscheid
Siegener Bärensturm
Aktionsbüro Norddeutschland
Deutsche Reichspartei
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG)?

1.3 Mobilisierungsfähigkeit des Rechtsextremismus

Wie viele Personen können über die aktiven Mitglieder hinaus zu Veranstaltungen, Konzerten oder Demonstrationen jeweils mobilisiert werden? Wie ist die Entwicklung in den letzten fünf Jahren?

1.4 Veränderungen in Struktur

Bei welchen Organisationen oder Zusammenschlüssen hat es in den letzten zehn Jahren signifikante Veränderungen im Bezug auf Mitgliederzahl, ansprechbares Potenzial, Verjüngung oder Erweiterung der Mitgliedschaft, Radikalisierung, oder Veränderung des Feldes der Agitation gegeben?

1.5 Mandate rechtsextremer Parteien

Wie viele Mandate in Räten und Bezirksvertretungen der Kommunen haben rechtsextreme Parteien und Gruppierungen bei den letzten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen errungen? In welchen Gebietskörperschaften?

1.6 Parteifinanzen

Über wie viel Parteivermögen, Spenden und sonstige Einnahmen verfügen die rechtsextremen Parteien in NRW nach Informationen der Landesregierung? Und wer sind, nach Erkenntnissen der Landesregierung, die Geldgeber?

1.7 Neue Medien

1.7.1 Welche Rolle spielt das Internet bei der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts in NRW?

-
- 1.7.2 Welche rechtsextremistischen Zusammenschlüsse, Verlage, Musikgruppen und ähnliche Anbieter verbreiten ihr Gedankengut nach Erkenntnissen der Landesregierung über das Internet? Gibt es Erkenntnisse über die Zahl der Nutzer dieser Seiten?
- 1.7.3 Welche Provider stellen rechtsextremistische Inhalte in das Internet und inwieweit sind diese bereit, menschenverachtende, rassistische oder solche Inhalte, die deutsche Straftatbestände erfüllen, aus dem Netz zu nehmen?
- 1.7.4 Welche Rolle spielt das Internet bei den Umsätzen von Verlagen, die in Deutschland verbotenes NS-Propagandamaterial international vertreiben und gibt es Erkenntnisse oder Schätzungen über den Umsatz dieser Verlage in NRW?
- 1.7.5 Welche Gegenmaßnahmen trifft die Landesregierung NRW gegen rechtsextremistische Propaganda im Internet?
- 1.7.6 Welche Produkte wie z. B. CD-ROMs, DVDs mit rechtsextremistischen Inhalten werden in NRW hergestellt oder vertrieben? Gibt es Erkenntnisse oder Zahlen über den mit solchen Produkten erzielten Umsatz in NRW?
- 1.7.7 Welche Rolle spielen die "Nationalen Infotelefone" in NRW?
- 1.8 Musik**
- 1.8.1 Welche Rolle bei der Propaganda hat die Kultur, insbesondere in Form von Skinmusik, aber auch Heimatliedern und angeblicher Kulturpflege durch Kameradschaftsvereinen?
- 1.8.2 Welche rechtsextremen Musikveranstaltungen (Konzerte, Liederabende etc.) haben in den letzten fünf Jahren in NRW stattgefunden?
- 1.8.3 Welche Musikgruppen sind bei welchen Veranstaltungen aufgetreten?
- 1.8.4 Wer waren die Veranstalter?
- 1.8.5 Lassen sich die Veranstalter Organisationen zuordnen?
- 1.8.6 Wie viele Teilnehmer besuchten die Musikveranstaltungen?
- 1.8.7 Lassen sich die Besucher Organisationen oder einem Spektrum zuordnen?
- 1.8.8 Welche Auflagen wurden den Veranstaltern gemacht?
- 1.8.9 Wie viele und welche der Musikveranstaltungen waren als "Privatveranstaltungen" angemeldet, hatten diese Veranstaltungen tatsächlich einen privaten Charakter und wer hat dieses überprüft?

- 1.8.10 Wie viele Festnahmen wurden im Zusammenhang mit den Musikveranstaltungen vorgenommen, wie viele Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet und warum, kam es zu Gerichtsverfahren, kam es zu Verurteilungen, wenn ja, für welche Straftaten?
- 1.8.11 Welche rechtsextremen Musikgruppen und Liedermacher sind in den letzten fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen aktiv gewesen (bitte einzeln auflisten)?
- 1.8.12 Welche rechtsextremen Musikverlage haben ihren Sitz in NRW? Gibt es Erkenntnisse über Umsatzzahlen und Gewinne?
- 1.8.13 Wie viele Ermittlungsverfahren wurden gegen Liedermacher, Gruppen und Verlage eingeleitet und mit welchem Ergebnis?

1.9 Sport

Seit in den achtziger Jahren bundesweit beachtete Presseberichte die "Borussenfront" und andere Fangruppen im Fußball als organisierte Rechtsextremisten dargestellt haben, gilt diesem Bereich eine besondere Aufmerksamkeit. So haben sich in NRW jahrelang Fanprojekte der Fußball-Bundesligavereine in der Fanarbeit engagiert, um Gewalt rund um Stadien und rechtsextremistische Agitation einzudämmen und zurückzudrängen.

- 1.9.1 Welche Gruppierungen und Zusammenschlüsse mit rechtsextremistischem Hintergrund betätigen sich im Bereich des Sports und der Fangruppen?
- 1.9.2 Welche Medien, Magazine, "Fanzines" verbreiten rechtsextremistische Inhalte? (Bitte einzeln auflisten)
- 1.9.3 Welche Bundesligavereine der 1. und 2. Liga des DFB, unterhalten in NRW keine Fanprojekte und wieso nicht?
- 1.9.4 Wie hoch sind die Mittel, die in den bestehenden Fanprojekten jeweils von den Vereinen, von Kommunen und Land für Fanprojekte aufgewendet werden? (Bitte einzeln auflisten!)
- 1.9.5 Welche Überschneidungen bestehen nach
- a) Einschätzung von Fanprojekten und soziologischer Forschung
 - b) Einschätzung von Verfassungsschutz und Polizei zwischen organisierter rechtsextremer Szene und Hooligans?

1.10 Kampfsport

Täter der Morde von Solingen kamen aus der Szene des so genannten "Kampfsports". Verschiedentlich haben in der Vergangenheit auch Rechtsextremisten, die zu martialischen Auftritten neigen und z. B. als Saalschutz

bei Veranstaltungen der NPD, JN, DVU oder anderer rechten Gruppierungen auftreten, in diesem Umfeld Mitglieder rekrutiert oder ihre Ideologien verbreitet.

- 1.10.1 Welche rechtsextremistischen Gruppierungen in NRW betätigen sich nach Erkenntnissen der Landesregierung im Bereich des Kampfsports?
- 1.10.2 Gibt es Vereine oder Kampfsportschulen, über die bekannt ist, dass dort besonders häufig Rechtsextremisten verkehren, trainieren oder ausgebildet werden?
- 1.10.3 Welche Maßnahmen haben Landesregierung und Vereine nach Bekanntwerden der Hintergründe des Geschehens in der Solinger Kampfsportschule und auf Grund der 1994 öffentlich gewordenen Zusammenhänge in der Kampfsportszene unternommen, um den Aktivitäten von Rechtsextremisten entgegenzuwirken?

1.11 Militanter Rechtsextremismus, Wehrsportgruppen

- 1.11.1 Welche militanten Rechtsextremisten und Wehrsportgruppen gibt es in Nordrhein-Westfalen? (Bitte einzeln auflisten)
- 1.11.2 Wie viele Personen sind in diesen Gruppierungen aktiv, organisiert oder gehören zum Kreis der potenziell ansprechbaren Personen im Umfeld?
- 1.11.3 Wie viele Personen verfügen nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden über welche Waffen und wie viele davon sind legal im Besitz von Waffenbesitzkarten oder Waffenscheinen?

1.12 Rolle und Aktivitäten von Altnazis

- 1.12.1 Welche Rolle in der rechtsextremistischen Szene in NRW spielen Altnazis wie etwa der bekannte Solinger Bauunternehmer Kissel oder der Alt-Neonazi Röder und andere? (Bitte einzeln auflisten)
- 1.12.2 Welchen Einfluss nehmen sie auf Jugendliche und welche Wege der Kommunikation nutzen sie hierfür?

1.13 Die Bedeutung des Antisemitismus in NRW

- 1.13.1 Welche Rolle spielt nach Erkenntnissen der Landesregierung der Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen?
- 1.13.2 Welche Organisationen und Gruppierungen mit antisemitischen Ideologien sind in Nordrhein-Westfalen aktiv und wie viele Mitglieder haben sie?

- 1.13.3 Welche Organisationen oder Publikationen außerhalb des organisierten Rechtsextremismus schüren Antisemitismus oder antisemitische Vorurteile wie etwa die EAP (Bürgerbewegung Solidarität) mit ihren antizionistischen Verschwörungstheorien?
- 1.13.4 Welche Rolle spielt der Antisemitismus in Publikationen der Neuen Rechten wie etwa der "Junge Freiheit"?
- 1.13.5 Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass z. B. in der "Jungen Freiheit" wiederholt Politiker wie der CSU-Politiker Peter Gauweiler publiziert haben?
- 1.14 Mädchen und Frauen in rechtsextremen Gruppen**
- 1.14.1 Welche Rolle spielen anti-emanzipatorische Motive in der rechtsextremen Szene?
- 1.14.2 Wie hoch ist der Anteil an weiblichen Mitgliedern in rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in NRW? Welche Rolle haben Mädchen und Frauen?
- 1.14.3 Welches Frauenbild vertreten die rechtsextremistischen Zusammenschlüsse und Organisationen?
- 1.14.4 Welche Bestrebungen des Rechtsextremismus gibt es, um junge Mädchen und Frauen zu rekrutieren?
- 1.14.5 Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, um den von Rechten und Rechtsextremisten propagierten Rollenbildern entgegenzuwirken und damit das Rekrutierungspotenzial wirkungsvoll zu verringern?
- 1.14.6 Welche Organisationen leisten in NRW präventive Arbeit gegen die Beteiligung von Mädchen und Frauen in rechtsextremen Gruppen?
- 1.15 Bedrohung politischer Gegner**
- 1.15.1 In welchen rechtsextremen/neonazistischen Publikationen wie etwa der Liste der so genannten "Anti-Antifa" wurden Namen und Adressen von politischen Gegnern veröffentlicht, um diese zu bedrohen oder zu Gewalttaten gegen sie aufzurufen?
- 1.15.2 In welcher Weise wurden die dort genannten Personen informiert?
- 1.15.3 Wie schätzt die Landesregierung die Gefährdung dieser Personen ein?
- 1.15.4 Was wurde zum Schutz solcher Personen unternommen?

1.16 Internationale Beziehungen

- 1.16.1 Welche internationalen Kontakte pflegen nordrhein-westfälische Rechts-
extremisten zu ausländischen gewaltbereiten Rechtsextremisten besonders
aus Belgien, den Niederlanden, Skandinavien, England, USA und Osteuropa?
- 1.16.2 Welche gemeinsamen Aktionen gab es seit 1991 bis August 2000?
- 1.16.3 Sind Geldflüsse aus internationalen Kreisen an deutsche Rechtsextremisten
nachweisbar?
- 1.16.4 Welche Veranstaltungen, Zusammentreffen etc. wurden von welchen Perso-
nen und Gruppen genutzt, um Kontakte, Verbindungen etc. zu knüpfen bzw.
aufrecht zu erhalten?

1.17 Skinheads

- 1.17.1 Wie viele Skinheads gehören der rechtsextremen/neonazistischen-Szene an?
- 1.17.2 Welche Straftaten aus ihrem Umkreis wurden von 1991 bis August 2000
bekannt?
- 1.17.3 Sind Verbindungen zu den "Hammerskins" oder den "Blood & Ho-
nour"-Skinheads bekannt?
- 1.17.4 Gibt oder gab es diese Gruppierungen auch in Nordrhein-Westfalen?
- 1.17.5 Welche rechtsextreme "Fanzines" werden in Nordrhein-Westfalen verlegt?
- 1.17.6 Welche Verbindungen, bzw. Kontakte von Nazi-Skinheads bzw. Rechts-
extremisten gibt es zu Hooligans bzw. der Fußballszene (sog. "Kuttenfans")?

2 Repressive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in NRW

2.1 Fremdenfeindliche Aktivitäten

Welche fremdenfeindliche Aktivitäten (Überfälle, Anschläge usw.) sind der
Landesregierung im Zeitraum seit 1991 bis August 2000 bekannt geworden
(mit der Bitte um eine genaue Auflistung der Straftaten je Jahr)?

2.2 Täterstatistik

- 2.2.1 Wie viele Tatverdächtige wurden wegen fremdenfeindlicher und rechts-
extremistischer Aktivitäten im Zeitraum Januar 1991 bis August 2000
festgenommen?

- 2.2.2 Wie viele Ermittlungsverfahren wurden wegen rechtsextremistischen Aktivitäten im Zeitraum Januar 1991 bis August 2000 eingeleitet und bzw. mit einer Verurteilung abgeschlossen (bitte nach Straftaten aufschlüsseln)?
- 2.2.3 In wie vielen Fällen wurden die Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischen Aktivitäten im Zeitraum Januar 1991 bis August 2000 eingestellt?
- 2.2.4 Wie hoch ist die Rückfallquote bei rechtskräftig verurteilten Straftätern mit rechtsextremem Hintergrund (aufgeschlüsselt nach Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen)?
- 2.2.5 Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um die Effektivität von Strafmaßnahmen gegen Täter mit rechtsextremistischen Hintergrund zu evaluieren und ggf. zu verbessern?
- 2.2.6 Wie viele Personen aus dem rechtsextremistischen Bereich in Nordrhein-Westfalen standen in den Jahren 1991 bis August 2000 aus welchen Gründen unter "polizeilicher Beobachtung"?

2.3 Opferstatistik

- 2.3.1 Wie viele Personen wurden durch rechtsextreme Anschläge und Überfälle im Zeitraum Januar 1991 bis August 2000 verletzt?
- 2.3.2 Wie viele Personen wurden durch rechtsextreme Anschläge und Überfälle im Zeitraum Januar 1991 bis August 2000 getötet?
- 2.3.3 Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um Projekte Opferbezogener Prävention als Schutz von Personen und Gruppierungen wie z. B. Angehörige von ethnischen oder sozialen Minderheiten, Obdachlosen, Eingewanderten, Schwulen und Lesben, Behinderten, Muslimen, Bürgern Jüdischen Glaubens u. a. durchzuführen?

2.4 Statistik zu antisemitischen Straftaten

- 2.4.1 Wie viele jüdische Friedhöfe und Mahnmale wurden seit 1991 geschändet (bitte nach Datum und Ort aufschlüsseln)?
- 2.4.2 Welche weiteren antisemitischen Straftaten wurden von Januar 1991 bis August 2000 registriert (bitte aufschlüsseln)?
- 2.4.3 Wie viele Ermittlungsverfahren wurden mit welchen Ergebnissen durchgeführt?
- 2.4.4 Wie hoch ist die Aufklärungsquote derartiger Delikte ?
- 2.4.5 Welchen Altersgruppen gehören die Täter an?

2.4.6 Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung zum Schutz jüdischer Friedhöfe und Einrichtungen?

2.5 Datennutzung der Polizeibehörden

2.5.1 In welchen Dateien speichern Polizei oder Verfassungsschutz verdächtige Straffällige Rechtsextremisten und Gewalttäter?

2.5.2 Welche Bestimmungen des Jugendschutzes gelten für diese Speicherungen und von wem werden sie überprüft?

2.5.3 Prüft die Landesregierung erweiterte Speichermöglichkeiten und wenn ja, nach welchen Kriterien?

2.6 Minderheiten- oder fremdenfeindliche Tendenzen im öffentlichen Dienst

Staatliche und kommunale Behörden und Einrichtungen haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um bürgerfreundlicher zu werden. Das gilt auch im Zusammenhang mit Menschen ohne Deutschen Pass. Gleichwohl gibt es immer wieder Hinweise auf Diskriminierungen und fremdenfeindliche Tendenzen in der öffentlichen Verwaltung.

2.6.1 Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über minderheiten- und fremdenfeindliche Tendenzen in öffentlichen Einrichtungen, Behörden u. ä. vor?

2.6.2 Welche Maßnahmen gegen rassistische, rechtsextremistische oder sexistische Übergriffe oder Vorfälle in Behörden und öffentlichen Stellen hat die Landesregierung in den letzten fünf Jahren unternommen?

2.6.3 Wie haben die zuständigen Stellen in Einzelfällen reagiert, um minderheiten- oder fremdenfeindlichen Tendenzen im öffentlichen Dienst entgegenzutreten?

2.6.4 Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund von Diskriminierungen auch durch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes die Einrichtung einer Beschwerdestelle, an die sich Bürgerinnen und Bürger in solchen Fällen direkt wenden können?

2.7 Strafverschärfende Konsequenzen

Wie bewertet angesichts der historischen Entwicklung und der gesellschaftlichen Einstellung zum Rechtsextremismus die Landesregierung Forderungen nach Strafverschärfungen und Sondergesetzen gegen rechtsextremistische Gewalttäter?

3 Organisations- und Parteiverbote

- 3.1.1 Welches waren die vereinsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für Organisationsverbote von Organisationen wie NF, FAP u. a.?
- 3.1.2 Welches sind im Unterschied hierzu die Voraussetzungen für Parteiverbote insbesondere unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des BVerfG bei dem SRP- und KPD-Urteil?
- 3.1.3 Welche konkreten Organisationsverbote sind in NRW seit 1949 ausgesprochen worden?
- 3.1.4 Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit diesen Organisationsverboten gemacht:
- a) im Bezug auf die Zerschlagung von Mitglieder- und Infrastrukturen,
 - b) im Bezug auf die Wirksamkeit der Unterbindung rechtsextremistischer Aktivitäten ihrer ehemaligen Mitglieder;
 - c) im Bezug auf die Abschreckung von Interessenten und Mitläufern dieser Organisationen;
 - d) im Bezug auf die Gründung von Ersatzstrukturen durch Aktivisten der verbotenen Organisationen?

4 Forschung über Rechtsextremismus

- 4.1.1 An welchen Universitäten in Nordrhein-Westfalen und welchen Fachbereichen wird über die Ursachen und Motivationen des Rechtsextremismus geforscht?
- 4.1.2 Welche Rolle spielt die Auseinandersetzung mit NS-Geschichte und Neonazismus in
- a) geisteswissenschaftlichen
 - b) naturwissenschaftlichen Studien
- in NRW (bitte nach Fächern und Studienanteilen aufgliedern!)
- 4.1.3 Welche Rolle spielt die NS-Forschung und wie werden ihre Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen aufgearbeitet und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht?
- 4.1.4 Welche Hochschullehrer mit NS-Vergangenheit wurden in NRW bekannt? Gibt es Erkenntnisse über Hochschullehrer, die heute noch in rechtsextremen Organisationen und Zirkeln tätig sind, und welche disziplinarischen Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen?
- 4.1.5 Welche Forschungsprojekte über die Ursachen des Rechtsextremismus laufen derzeit?

- 4.1.6 Welche Projekte aus Drittmitteln oder auf Grund privater Initiative von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern beschäftigen sich mit dem Rechtsextremismus?
- 4.1.7 Welche Möglichkeiten zur Intensivierung und Förderung der Forschung über Stand und Ursachen des Rechtsextremismus sieht die Landesregierung und welche konkreten Vorhaben wird sie auf den Weg bringen?
- 4.1.8 Welche Aktivitäten haben rechtsextreme Gruppen (einschließlich der den Ultrarechten nahestehenden Burschenschaften) oder Einzelpersonen an Universitäten und Fachhochschulen durchgeführt?

5 Jugendarbeit und Rechtsextremismus

- 5.1.1 Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über rechtsextreme/neonazistische Aktivitäten in Jugendeinrichtungen vor?
- 5.1.2 Wo sieht die Landesregierung regionale Schwerpunkte rechtsextremer Jugendszenen im Land?
- 5.1.3 Welche Projekte der Jugendverbände, des Ring Politischer Jugend und anderer vom Land NRW geförderter Einrichtungen wenden sich gegen den Rechtsextremismus?
- 5.1.4 Welche Modellprojekte der Jugendarbeit dienen der Verhütung oder Eindämmung des Rechtsextremismus und wie viele Mittel wurden dafür in den letzten Jahren bereitgestellt?
- 5.1.5 Wie fördern die Kommunen in Nordrhein-Westfalen die Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus?
- 5.1.6 Welche Rolle spielt die mobile Jugendarbeit (z. B. durch Streetworker) bei der Jugendarbeit im rechtsextremen Bereich und wie viele Stellen gibt es nach Informationen der Landesregierung, die sich mit dieser Form der Jugendarbeit beschäftigen?
- 5.1.7 In welcher Weise und mit welchem Mitteleinsatz sind freie Träger in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen tätig?
- 5.1.8 Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um pädagogische Konzepte gegen Rechtsextremismus in der Jugendhilfe und an Schulen gegen Rechtsextremismus auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen?
- 5.1.9 Inwieweit werden in der präventiven Arbeit gegen rechtsextreme Gewalt die unterschiedlichen Umgangsweisen der Geschlechter berücksichtigt?

6 Kulturelle Bildung und Rechtsextremismus

Kulturelle Bildung ist eine Voraussetzung für eine friedvolle und gerechte Zivilgesellschaft.

6.1.1 Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um spezifische Angebote gegen Rechtsextremismus im gesamten Kulturspektrum zu fördern?

6.1.2 Ist an die Durchführung von zusätzlichen Programmen gedacht?

7 Schule und Rechtsextremismus

7.1.1 Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über rechts-extreme/neonazistische Aktivitäten an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen vor?

7.1.2 Mit welchen außerschulischen Kooperationspartnern arbeiten Schulen zusammen, um rechtsextremer Gesinnung und Gewalt vorzubeugen?

7.1.3 Welche Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer hält das staatliche Fortbildungsangebot zum Thema Rechtsextremismus vor? Ist aus Sicht der Landesregierung eine Weiterentwicklung der bestehenden Angebote notwendig?

7.1.4 In welchen Unterrichtsfächern und in welchen Lehrplänen der verschiedenen Bildungsgänge ist die Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte in den gültigen Richtlinien und Lehrplänen vorgesehen?

7.1.5 Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob im Bereich der Fächer der politischen Bildung erhöhter Unterrichtsausfall oder fachfremd erteilter Unterricht zu verzeichnen ist? Wenn ja, welche?

7.1.6 Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang und durch welche Maßnahmen projektorientierter Unterricht zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt wird?

7.1.7 Welche Projekte werden und wurden im Rahmen des Landesprogramms GÖS finanziell unterstützt, um die interkulturelle Verständigung und die gemeinwesenorientierte Verantwortung zu stärken?

7.1.8 Ist der Landesregierung bekannt, welche Schulen Kontakte zu jüdischen Gemeinden vor Ort haben und wie diese Kontakte gepflegt werden?

7.1.9 Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie sich Schulen mit der Geschichte ehemaliger jüdischer Gemeinden vor Ort beschäftigen?

- 7.1.10 Welche Materialien werden Lehrerinnen und Lehrern zur Aufarbeitung des Themas Rechtsradikalismus angeboten?
- 7.1.11 Welche Möglichkeiten haben Lehrerinnen und Lehrer, um außerhalb des Unterrichts auf individuelle Probleme von Schülerinnen und Schülern, die gefährdet sind, in die rechtsextreme Szene abzudriften, einzugehen?
- 7.1.12 Wie viele Schulklassen oder Schülergruppen haben in den Jahren 1997, 1998 und 1999 KZ-Gedenkstätten außerhalb von Nordrhein-Westfalen besucht?
- 7.1.13 Wie arbeiten Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen mit Schulen in Nordrhein-Westfalen zusammen?
- 7.1.14 Welche Maßnahmen unterstützt die Landesregierung, um den internationalen Austausch von Schülerinnen und Schülern zu fördern?
- 7.1.15 Wie beurteilt die Landesregierung das Phänomen der Verharmlosung von Vorfällen des Rechtsextremismus durch Lehrkräfte oder Schulleitungen, damit kein negatives Bild in der Öffentlichkeit über die betroffene Schule entsteht?
- 7.1.16 Welche neuen Projekte zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird die Landesregierung in den nächsten Jahren im schulischen Bereich entwickeln?

8 Kommunale Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus

- 8.1.1 Welche Mittel wurden seit 1993 für die Kommunen in NRW zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Förderung der Toleranz jährlich (z. B. "Eine-Mark gegen Rechts" pro Einwohnerin und Einwohner) zur Verfügung gestellt?
- 8.1.2 Wie und wo wurden nach Informationen der Landesregierung diese Mittel eingesetzt?
- 8.1.3 Welche herausragenden Aktivitäten, insbesondere in Städten wie Hünxe, Solingen und anderen wurden damit ermöglicht?
- 8.1.4 Wurden alle Mittel zweckbestimmt verwendet, oder liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, dass mit diesen Mitteln andere Maßnahmen und Aktivitäten finanziert wurden?

9 Opferschutz

- 9.1.1 Welche rechtliche und soziale Unterstützung wird den Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen geboten?

- 9.1.2 Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten eine professionelle Gerichtsbegleitung (Anwälte, psychologische Betreuung) zur Seite zu stellen und würde die Landesregierung dies unterstützen?
- 9.1.3 Wie viele Opfer rechtsextremer Gewalttaten wurden in der Vergangenheit in Zeugenschutzprogramme aufgenommen?
- 9.1.4 Welche Präventionsprogramme zum Schutz potenzieller Opfer rechtsextremistischer Gewalt (z. B. antisemitischer, fremdenfeindlicher, gegen gleichgeschlechtlich orientierte Personen gerichtete Gewalt) wurden und werden in NRW durchgeführt?

10 Migrationspolitik als aktive Antidiskriminierungspolitik

Die überwiegende Zahl der Untersuchungen zum Rechtsextremismus und seinen Hintergründen macht deutlich, dass entgegen populistischer Behauptungen nicht etwa ein hoher Anteil an Eingewanderten Ängste vor Ausländern schürt, sondern Rechtsextremismus besonders häufig dort anzutreffen ist, wo Zugewanderte einen sehr geringer Teil an der Bevölkerung ausmachen. Nordrhein-Westfalen hat einen im Bundesdurchschnitt besonders hohen Anteil an Eingewanderten auf Grund der historischen Entwicklung als traditionelles Industrieland. Integration hat hier nicht nur sehr früh begonnen, sondern geht auch mit besonderen Anstrengungen zur Verbesserung der Chancen von Eingewanderten einher. Seit 1995 gibt es im Landesparlament den Migrationsausschuss und wurde eine Migrationspolitik ausgebaut, die sich als Querschnittspolitik über alle Bereiche der Landespolitik erstreckt. Die Stärkung der Rechte und die Verbesserung der sozialen Chancen von gesellschaftlichen und ethnischen Minderheiten ist ein wichtiges Fundament für ein friedliches Zusammenleben in einer modernen, welt-offenen, multiethnischen und multikulturellen Migrationsgesellschaft im Zeitalter der Globalisierung.

- 10.1.1 In welchen Ressorts der Landesregierung werden Programme gefördert, entwickelt und unterstützt, die sich insbesondere mit migrationspolitischen Fragen und Problemen befassen?
- 10.1.2 Welche konkreten Antidiskriminierungsprojekte etwa im Bereich des Innenministers und der Polizei (z. B. "Fremde sehen Grün - Grüne gehen fremd") wurden seit 1995 durchgeführt?
- 10.1.3 Welche Maßnahmen und Programme zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden in NRW durchgeführt und wer außer Land und Kommunen beteiligt sich an solchen Programmen?
- 10.1.4 Wie beurteilt die Landesregierung die Bildungs- und Ausbildungschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur gleichen Altersgruppe der deutschen Wohnbevölkerung?

-
- 10.1.5 Welche besonderen Programme gelten für Integrationsmaßnahmen bei Spätaussiedlern?
- 10.1.6 Welche Maßnahmen zur Integration von jüdischen Einwanderinnen und Einwanderern gibt es?
- 10.1.7 Hält die Landesregierung die vorhandenen Programme zur Integration für ausreichend und wo sieht sie ggf. weiteren Bedarf, der bisher von Bund, Land und Gemeinden nicht befriedigt werden kann?
- 10.1.8 Wie hoch ist in Nordrhein-Westfalen der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst?
- 10.1.9 Welche direkten gegen Diskriminierung zielenden Maßnahmen (interkulturelle Trainings) im Bereich des öffentlichen Dienstes gibt es und wie sind die Erfahrungen hiermit?
- 10.1.10 Welche Erfahrungen hat Nordrhein-Westfalen mit dem Projekt der so genannten "Konfliktberater" bei den Polizeipräsidien Düsseldorf und Recklinghausen gesammelt?
- 10.1.11 Welche besonderen Integrationsmaßnahmen werden in NRW für alte Migrantinnen und Migranten unternommen, die nicht mehr von der eigenen Familie versorgt oder gepflegt werden?
- 10.1.12 Welchen Stellenwert hat nach den Erfahrungen der Landesregierung die Flüchtlingsarbeit, soziale Betreuung und Beratung auch unter dem Aspekt der Minderung von Konflikten?
- 10.1.13 Welche Defizite sieht die Landesregierung nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen der Härtefallkommission im Ausländerrecht?
- 10.1.14 Welche öffentliche Wirkung haben die Auswirkungen der geltenden Rechtslage im Flüchtlings- und Asylrecht, wenn sich die Landesregierung einerseits bemüht, Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen - andererseits aber langfristig hier lebende Flüchtlinge wie beispielsweise einer der Sprecher des Wanderkirchenasyls festgenommen und abgeschoben werden?
- 10.1.15 Welche Erfahrungen gibt es nach Informationen der Landesregierung mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht seit seiner Einführung und wo sieht die Landesregierung Notwendigkeiten zu seiner Weiterentwicklung?
- 10.1.16 Welche Spielräume kann das Land NRW dabei von sich aus nutzen?

11 Bündnispartner, Institutionen und Verbände, die Bürgerrechte in NRW stärken**11.1 Landeszentrum für Zuwanderung**

In welchen Bereichen der konkreten interkulturellen Arbeit ist das Landeszentrum für Zuwanderung (LZZ) in Solingen tätig, welche Bereiche vernetzt es und welche Projekte wurden von 1995 bis 2000 in die Praxis umgesetzt? Wie hoch waren die Zuwendungen für das LZZ 1999?

11.2 Zentrum für Türkeistudien

Seit wann arbeitet das Zentrum für Türkeistudien in der Integrations- und Migrationsforschung und welche Projekte wurden von 1995 bis 2000 unternommen? Wie hoch waren die Zuwendungen 1999?

11.3 NAVEND

In welcher Weise und mit welchen Projekten wird der Bonner Verein NAVEND e.V. gefördert, der anstrebt, sich als international anerkannte Forschungsstelle für Geschichte und Politik der Kurden zu etablieren?

11.4 Selbstorganisation der Migrantinnen- und Migrantenverbände

In welcher Form und in welcher Höhe fördert die Landesregierung die Selbstorganisation der Verbände von Einwanderern?

11.5 Freie Initiativen

Wie fördert die Landesregierung freie Initiativen und unabhängige Vereine, die sich mit Integrationsprojekten oder der Arbeit über Rassismus (Aktion Courage, ARIC etc.) beschäftigen?

11.6 Kultur

Welche Vereine, Organisationen und Unternehmen im kulturellen Bereich, die sich z. B. mit der Pflege des Brauchtums oder der Musik von Eingewanderten, aber vor allem dem interkulturellen Austausch und der Verständigung widmen, werden aus Landesmitteln gefördert?

11.7 Zivile Konfliktbearbeitung

Wie beurteilt die Landesregierung die Arbeit von zivilen Konfliktberaterinnen und Konfliktberatern als eine Möglichkeit Gewalt in der Gesellschaft zu bekämpfen?

11.8 Bündnis für Toleranz und Zivilcourage gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Welchen Stellenwert misst die Landesregierung dem gesellschaftlichen Engagement von freien Initiativen und Verbänden sowie Kirchen, Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften bei, die sich im Bündnis für Toleranz engagieren und welche Aktionen und Aktionsformen unterstützt die Landesregierung in der näheren Zukunft?

12 Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und NS-Vergangenheit

Die Landesregierung NRW hat in der jüngsten Vergangenheit ihre Bemühungen zur Aufarbeitung der NS-Geschichte als Teil einer umfassenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verstärkt. Eine wesentliche Voraussetzung, auch in Zukunft ein Wiedererstarken rechtsextremen Gedankenguts zu verhindern, ist das Wachhalten der Erinnerung und der Einsatz gegen das Vergessen.

12.1 Aufarbeitung: Rolle der Justiz und NS-Unrecht

Welche Anstrengungen hat die Landesregierung unternommen und welches sind die Ergebnisse ihrer Bemühungen, die Rolle der Justiz im NS-Staat und bei der Auseinandersetzung mit der Verfolgung von ehemaligen NS-Tätern in den letzten vier Jahrzehnten aufzuarbeiten?

12.2 Härtefonds für NS-Opfer

Welche Wirkung hat der in der 11. Legislaturperiode eingerichtete Härtefonds für NS-Opfer, wie viele Menschen welcher Personengruppen kamen in den Genuss von Entschädigungsleistungen und inwieweit konnten dadurch bisher von Entschädigungen ausgenommene Personengruppen begünstigt werden? Ist es nach Meinung der Landesregierung möglich und sinnvoll, den Kreis der Betroffenen zu erweitern?

12.3 Gedenkstättenarbeit und -förderung

Welchen Stellenwert nimmt die Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen ein, in welcher Höhe wurden jährlich in den Haushalten 1995 bis 2000 Mittel bereitgestellt, um wie viele Gedenkstätten und Projekte zu fördern und wie beurteilt die Landesregierung den Effekt dieser Arbeit?

12.4 Rolle der Polizei in der NS-Zeit

Auch im Bereich der Polizei, des PP Köln und des PP Bonn wurden in den vergangenen Jahren Anstrengungen unternommen, die Rolle der Polizei im NS-Staat aufzuhellen. In welchen nordrhein-westfälischen Polizeidienststellen fanden solche Bemühungen statt, mit welchem Erfolg und welche weitere Arbeiten dieser Art wird die Landesregierung fördern?

12.5 Landeszentrale für Politische Bildung

Welche Materialien, Unterrichtseinheiten, Publikationen, Medienangebote und Seminare bietet die Landeszentrale für politische Bildung derzeit zum Thema NS-Geschichte und Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an?

12.6 Defizitäre Felder der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte

12.6.1 Wie beurteilt die Landesregierung den Stand der Beteiligung von Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen am bundesweiten Entschädigungsfonds für NS-Zwangsarbeiter? Welche Unternehmen, die sich beteiligen müssten, zahlen nach derzeitigem Stand nicht? Welche Bemühungen unternimmt die Landesregierung, um auf diese Unternehmen einzuwirken?

12.6.2 Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass auch kommunale Unternehmen und Kommunen, die in der NS-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigt haben, zum Entschädigungsfonds beitragen sollen?

12.6.3 In welcher Weise plant die Landesregierung die historische Aufarbeitung und Sicherung der beim Regierungspräsidium Düsseldorf lagernden NS-Opferakten?

Sylvia Löhrmann
Johannes Remmel
Monika Düker
Ute Koczy

und Fraktion